

Es informiert Sie	Bärbel Mittelmann
Telefon (0202)	563 - 2600
Fax (0202)	563 - 8491
E-Mail	baerbel.mittelmann@stadt.wuppertal.de
Datum	26.03.2010

Niederschrift
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung
(SI/0415/10) am 23.02.2010

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Stv. Helga Güster,

von der CDU-Fraktion

Herr Stv. Karl-Friedrich Kühme, Frau Stv. Ute Mindt, Frau Stv. Angela Priggert, Herr Stv. Thomas Schulz,

von der SPD-Fraktion

Herr Stv. Bastian Sackermann, Frau Stv. Ursula Schulz,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Tina Schulz, Frau Stv. Gerta Siller,

von der FDP-Fraktion

Frau Andrea Sperling,

von der Fraktion DIE LINKE

Frau Ursula Albel,

von der WfW-Fraktion

Frau Heike Kleinschmidt,

als sachkundige Einwohner/in

Frau Christa Hein, Frau Dr. Simone Jostock, Frau Rita Schäfer, Frau Helga Siemens-Weibring, Frau Andrea Wetzchewald,

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Roswitha Bocklage,

Gäste

Herr Lobers (R 403 Ressort Finanzen), Herr Lenz (ARGE), Frau Brauer (R 201 Soziales), Herr Hecken (Polizei), Frau Bartl-Zorn (IHK)

Schriftführerin: Bärbel Mittelmann

Martina Völker

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Vereidigung von Ausschussmitgliedern

Folgende Ausschussmitglieder werden vereidigt: Frau Siemens-Weibring, Frau Hein und Frau Schäfer

2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.11.2009

Beschluss des Ausschusses für die Gleichstellung vom 23.02.2010:

Die Niederschrift wird genehmigt.

3 25 Jahre Gleichstellungsstelle - mündlicher Bericht -

Frau Bocklage stellt dar, dass am 21.01.1985 der Rat der Stadt Wuppertal die Einrichtung der Gleichstellungsstelle beschlossen hat. Zu dieser Zeit gab es noch kein Landesgleichstellungsgesetz und keine Vorgaben des Ministeriums. In diesem Jahr werden alle Veranstaltungen der Gleichstellungsstelle unter dem Motto „25 Jahre“ stehen. Zudem ist als neues Projekt in Kooperation mit dem FrauenNetz auf der Internetseite jeden Monat eine neue historische Frauenpersönlichkeit aus Wuppertal abgebildet.

4 Haushaltssicherungskonzept der Stadt Wuppertal - mündlicher Bericht -

Herr Lobers erläutert die Ursachen für die städtische Überschuldung. Er stellt den zeitlichen Ablauf der Beratungen und die Auswirkungen des Haushaltssicherungskonzeptes dar. (Die Präsentation im Ratsinformationssystem eingesehen werden.)

In der anschließenden Diskussion wird auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen in den Städten und Kommunen eingegangen. Auf die Frage, ob die Stadt Wuppertal auf dieser Grundlage eine Klagemöglichkeit hat, antwortet Herr Lobers, dass aus seiner Sicht die unterschiedlichen Bedingungen in den Städten nicht verfassungskonform sind. Deshalb gebe es einen Zusammenschluss von 19 NRW-Städten, die sich gegen die derzeitige Finanzierungen wehren. Eine Klage wird bisher nicht in Erwägung gezogen.

5 Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 - 2014

Vorlage: VO/0131/10

Frau Stv. Siller erläutert, dass sie der Vorlage nicht zustimmen kann, bevor sie nicht die Aufstellung aller finanziellen Einschnitte vorgelegt bekommt. Diese Aufstellung werde sicherlich erst nach den Landtagswahlen vorliegen. Herr Lobers versichert, dass die Zahlen, das derzeitige Haushaltssicherungskonzept und alle weitere Veröffentlichung von Maßnahmen unabhängig von den Kommunal- und Landtagswahlen erstellt und veröffentlicht werden. Zur Zeit werde die Verwaltung in den Fraktionen für die Zustimmung einzelner Maßnahmen. Viele Maßnahmen müssen nicht vom Rat beschlossen werden, da sie zum laufenden Geschäft der Verwaltung gehören.

Ein Ausschussmitglied fragt, ob nicht bei der Erhöhung von Gebühren und Eintrittspreise die Gefahr bestehe, dass die Anzahl der Besucher/innen sinke. Herr Lobers glaubt, dass die Erhöhung vertretbar sei.

Frau Stv. Mindt bittet um eine überparteiliche Einigung. Niemand sei glücklich über diese Haushaltssituation.

Frau Bocklage erläutert die Auswirkungen des Haushaltssicherungskonzept, vor allem auf die Bezuschussung von Selbstbehauptungskursen an Wuppertaler Schulen.

Frau Siller bedauert, dass kleine sinnvolle Programme sterben werden.

Frau Siemens-Weibring erläutert, dass die Ausbildung von Tagesmüttern, die von den Familienbildungsstätten durchgeführt wird immer problematischer wird. Bei der Aussicht, maximal 3,50 Euro pro Stunde zu verdienen, seien immer weniger Frauen bereit, an dieser Fortbildung teilzunehmen und anschließend als Tagesmutter zu arbeiten und große Verantwortung für das Wohl von Kindern zu übernehmen. Zudem weißt sie darauf hin, dass das Image von Wuppertal derzeit durch die politische Diskussion sehr leide.

Frau Stv. Siller zeigt sich irritiert über die Einsparungen bei Bestattungen, die durch die Stadt vorgenommen werden. Bekannterweise steigt die Anzahl dieser Beisetzungen in den letzten Jahren an.

Herr Lobers sicherte zu, dass alle Einsparungen geprüft wurden.

Beschluss des Ausschusses für die Gleichstellung vom 23.02.2010:

Die Vorlage wird ohne Beschluss entgegen genommen.

**6 Jahresbericht 2009 der Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen
Vorlage: VO/0097/10**

Frau Brauer erläutert den Jahresbericht und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschluss des Ausschusses für die Gleichstellung vom 23.02.2010:

Die Vorlage wird ohne Beschluss entgegen genommen.

**7 Bewertung der SGB II-Umsetzung aus gleichstellungspolitischer Sicht -
mündlicher Bericht -**

Frau Bocklage erläutert die wichtigsten Ergebnisse der Studie wie folgt:

- Frauen sind unterdurchschnittlich in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen vertreten.
- Besonders gering ist der Anteil von Frauen bei den Eingliederungsmaßnahmen, die die stärksten positiven Effekte in Bezug auf eine Integration in den Arbeitsmarkt haben.
- Frauen mit Kindern unter drei Jahre werden stark unterdurchschnittlich gefördert, selbst wenn sie dem Arbeitsmarkt uneingeschränkt zur Verfügung standen.
- Bezogen auf Abgänge aus dem Hilfebezug gingen Männer zu 75% in Erwerbstätigkeit und Frauen mit 51%, Frauen mit 31% in die Nichterwerbstätigkeit gegenüber 11% der Männer.
- Frauen gehen eher in Minijobs, vor allem, wenn sie in Paar-Bedarfsgemeinschaften leben. Männer nehmen fast ausschließlich versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse auf.

Wichtig sei auf der strukturellen Ebene, dass sich die Zieldefinition der ARGE ändern. Ziel der Integrationsarbeit müsse es sein, auch Gender Mainstreaming und Frauenförderung als Ziele zu definieren.

Die Vorsitzende fragt nach der Situation in Wuppertal.

Frau Bocklage erläutert, dass eine Genderschulung für die Mitarbeiter/innen der ARGE durchgeführt wurde. Eine Erfahrung aus den Diskussionen mit den Fachkräften in den Schulungen sei, dass das größte Vermittlungshemmnis von Frauen ein Arbeitsmarkt sei, der aufgrund großer Vorurteile kaum Frauen aufnehme.

Frau Stv. Siller fragt nach den Möglichkeiten der ARGE, auf den Arbeitsmarkt einzuwirken.

Herr Lenz erläutert, dass viele Aussagen in dem Bericht zutreffen, andere aber auch an der Realität vorbeigehen und von der ARGE nicht beeinflussbar seien. Die Untersuchung sei 2007 in der Aufbauphase der ARGE erstellt worden. Seither habe sich eine Menge verändert.

- Der hiesige Arbeitsmarkt sei nicht offen für Menschen ohne ausreichenden Bildungs- oder Berufsabschluss, mit Migrationshintergrund und für ältere Altersgruppen.
- Das Einkommensniveau für ungelernete Kräfte sei insgesamt niedrig und führe dazu, dass wenig Anreiz bestehe, eine Beschäftigung aufzunehmen. Eine allein erziehende Mutter mit 2 Kindern beziehe rd. 1.500 Euro ALG II. Es gebe kaum Beschäftigungen für ungelernete Kräfte mit diesem Einkommen.
- Das vorhandene Angebot an Kinderbetreuung reiche nicht aus oder passe nicht zu den Ansprüchen des Arbeitsmarktes (z.B. Öffnungszeiten des Einzelhandels).

Herr Lenz schlägt vor, dass der Bericht im Gender Team der ARGE besprochen wird und daraus Schlussfolgerungen gezogen werden.

Frau Stv. Siller stellt dar, dass die ARGE sehr viele Maßnahmen – auch für Frauen durchführt. Sie fragt nach den strukturellen Bedingungen. Gibt es eine Gleichstellungsbeauftragte und mit welchem Stundenanteil.

Herr Lenz legt dar, dass die ARGE keine eigene Personalhoheit habe. Die Gleichstellungsbeauftragten der Stadt und der Agentur für Arbeit seien zuständig. Das Integrationsprogramm lege u.a. für das laufende Jahr den Schwerpunkt auf Alleinerziehende.

Frau Stv. T. Schulz fragt nach der Vernetzung mit den familienspezifischen Möglichkeiten, wie Kinderbetreuung. Herr Lenz versichert, dass die Vernetzung der ARGE mit allen Institutionen sehr eng sei.

8 Konzept zum Schutz von Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution in Wuppertal
Vorlage: VO/0064/10

Herr Hecken erläutert über die Information der Präsentation hinaus, dass es in Wuppertal 47 Betriebe (1 Flatterbordell, 1 Laufhaus, 5-6 Begleichagenturen, 1 Saunaclub und viele große und kleine Wohnungen) gebe, in denen 180-200 Frauen beschäftigt seien, 70-80% der Frauen haben einen Migrationshintergrund.

Beschluss des Ausschusses für die Gleichstellung vom 23.02.2010:

Die Vorlage wird ohne Beschluss zur Kenntnis genommen.

9 Gewalt gegen Frauen und Kinder - mündlicher Bericht -

Beschluss des Ausschusses für die Gleichstellung vom 23.02.2010:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

10 Ausbildung in Teilzeit - mündlicher Bericht -

Frau Bartl-Zorn stellt dar, dass 2005 die gesetzliche Grundlage für eine Ausbildung in Teilzeit geschaffen wurde. Diese besagt auch, dass eine Verkürzung der Ausbildung durch die Pflege eines Angehörigen möglich ist. Die Berufsschule muss aber in Vollzeit absolviert werden.

Im Jahr 2007 kamen die Aktivitäten zur Teilzeitausbildung in Gang und inzwischen gebe es im bergischen Raum 22 Ausbildungsverhältnisse.

Doch auch diese Frauen benötigen eine Kinderbetreuung, was nicht immer einfach zu organisieren sei.

Eine Teilzeitausbildung sei im Bereich der Industrie- und Handelskammer eher möglich als im Bereich „Bau“ oder „Gartenbau“. Dort wechselten die Standorte der Baustellen, dies sei ungünstig für Teilzeitbeschäftigte aber auch für die Organisation der Kinderbetreuung.

Vor kurzem gab es eine Fachtagung zu diesem Thema, die das Netzwerk „Teilzeitausbildung“ im Bergischen Städtedreieck organisiert habe.

Auch Vollzeitausbildungsstellen können in Teilzeitausbildungsstellen umgewandelt werden.

11 **Berichte der Verwaltung**

Die Frauengesundheitstage fanden am 20./21. Februar statt und erfreuten sich größerer Beliebtheit als in den letzten Jahren.

Die Schirmfrau des Girls´Days wird Frau Krüger von der Kreishandwerkskammer sein. Auch wird der Aktionstag „Neue Wege für Jungs“ wieder parallel zum Girls´Day stattfinden. Frau Völker ruft dazu auf, um mögliche Angebote für diesen Tag bei Unternehmen und Institutionen zu werben.

Zum Internationalen Frauentag wird am 10. März wieder bei der Ladies Night im Cinemaxx Infostände des Frauennetzes anbieten. In diesem Jahr wirbt das FrauenNetz für den Erhalt und die gesetzliche Absicherung der Frauenhäuser.

Die neue Broschüre und der Internetauftritt des NetzwerkW für Angebote für Wiedereinsteigerinnen liegen vor.

12 **Wünsche und Anregungen**

Frau Stv. Siller bittet um folgendes:
die Beiträge im Ausschuss künftig zu kürzen und
bei dem Haushaltssicherungskonzept künftig die geschlechtergerechte Sprache zu beachten.

Helga Güster
Vorsitzende

Bärbel Mittelmann
Schriftführerin